



Liebe FreundInnen!

Am Montag sind wir im Nationalrat zu einer weiteren Sondersitzung zusammengekommen. Thema waren die Panama-Papiere. Dazu findet Ihr in diesem Infoletter auch die sieben SPÖ-Forderungen gegen Steuerbetrug und für Steuergerechtigkeit.

Außerdem bitte nicht vergessen!

Am Sonntag Rudolf Hundstorfer wählen gehen!

- **Schwierige Zeiten brauchen Zusammenhalt, Erfahrung und Respekt.**
- **Die Spitze des Staates braucht ein soziales Gewissen.**
- **Die Demokratie ist unser höchstes Gut.**

Deshalb brauchen wir **deine** Stimme – beim Überzeugen, beim Diskutieren, beim Argumentieren. Und am Sonntag in der Wahlzelle. Rudi Hundstorfer ist einer von uns und wird immer für uns kämpfen! **Kämpfen wir jetzt für ihn!**

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine



Panama Papers und Maßnahmen gegen Steuerbetrug und Geldwäsche!

Wir müssen Steuerhinterziehung verhindern!

Die "Panama Papers" haben einmal mehr eine Vielzahl an Problemen deutlich gemacht: Briefkastenfirmen, intransparente Stiftungen, anonyme Gesellschaften, lächerlich niedrige Steuern.

Die **SPÖ fordert härtere Maßnahmen im Kampf gegen Geldwäsche und steuermindernde Modelle** – auf internationaler und europäischer Ebene, aber auch national. **SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder** machte in der Nationalratssitzung am Montag klar: **"Das sind keine Kavaliersdelikte. Der Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuervermeidung ist ein Kampf für mehr Gerechtigkeit!"**

Der Großteil der Bevölkerung liefere seine Steuern ordnungsgemäß ab. **"Es kann nicht hingenommen werden, wenn einige Superreiche und Großunternehmen glauben, sich alles richten zu können. Dieses unfaire Verhalten dürfen wir nicht hinnehmen!"** Denn diese gehen auf Kosten von Staaten und Bevölkerungen, die das Geld dringend benötigen, um Infrastruktur, Gesundheitswesen und Investitionen in den Arbeitsmarkt zu finanzieren.



Rede des Klubobmanns

Durch Steuerflucht und Steuerbetrug **verlieren die EU-Staaten jährlich 1.000 Milliarden Euro**. Ohne Steuerflucht hätten die Staaten keine Defizite, sondern mehr Geld für Soziales, Gesundheit und Bildung.

Daher fordern wir ein Bündel von Maßnahmen, um diese Praktiken zu unterbinden.



Bild bitte liken und teilen: auf [Twitter](#), auf [Facebook](#)

7 Punkte gegen Steuerbetrug und für Steuergerechtigkeit

1. Steuersümpfe trockenlegen: Kapitalverkehrskontrollen bei Überweisungen in und aus Steueroasen und europaweit koordinierte Sanktionen gegen Steueroasen.

2. Volle Transparenz: Es braucht ein internationales – oder zumindest EU-weites – Verbot von Briefkastenfirmen und Stiftungen, deren Berechtigte anonym bleiben. Auf nationaler Ebene wollen wir ein Transparenzregister und ein EU-weites Verbot von Geschäftsbeziehungen zu Off-Shore-Destinationen.

3. Verpflichtende Offenlegung: Wir wollen eine Offenlegung aller Gewinne und entrichteten Steuern von grenzüberschreitend tätigen Unternehmen.

4. Gewinnverlagerung ("Profit Shifting") stoppen und sanktionieren: Wir fordern Sanktionen gegen Unternehmen, die aggressive Steuerplanung praktizieren sowie Firmen, die sie dabei beraten oder unterstützen.

5. Steuerdumping in Europa verhindern: Wir brauchen eine harmonisierte Unternehmensbesteuerung in der EU, ein länderübergreifendes öffentliches Unternehmensregister und Informationsaustausch über den Dividendenverkehr innerhalb der EU

6. Härtere Strafen bei Betrug: Die Arbeit der österreichischen Geldwäschestelle soll evaluiert werden. Darüber hinaus soll der Tatbestand vorsätzliche Abgabenhinterziehung in den Vortatenkatalog aufgenommen und die Verjährungsfrist auf 10 Jahre erhöht werden.

7. Berater in die Pflicht nehmen: Wir müssen sicherstellen, dass österreichische Banken im Ausland dieselben strengen Sorgfaltspflichten einhalten, wie in Österreich. Auch Haftungsregelungen für Banker und Anwälte, die in Steuervermeidungsfragen beraten, sollen angedacht werden.



Bild bitte liken und teilen: auf [Twitter](#), auf [Facebook](#)

Die FPÖ ist die Partei der Steuervermeider!

"Bemerkenswert" ist für Andreas Schieder, **wie die FPÖ der Steuervermeidung und dem Steuerbetrug "die Mauer macht."**

"Bisher gab es eine Partei, die bei allen Verbesserungen im Kampf gegen Steuerbetrug und Steuervermeidung nicht mitgestimmt hat – die FPÖ!" Im Nationalrat hat die FPÖ **2015 gegen die Konteneinschau, 2014 gegen die Aufhebung des Verwertungsverbots** und gegen die Einschränkung der Abzugsfähigkeit von Zinsen und Lizenzgebühren **gestimmt**. Das Verwertungsverbot sah ursprünglich vor, dass Informationen über Steuerhinterziehung bei Ermittlungen wegen anderer Vergehen wie Geldwäsche, nicht verwertet werden durften.

Ähnlich das Bild **auf EU-Ebene**: "Als einzige Fraktion hat die **Fraktion der FPÖ gegen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu den Panama Papers gestimmt**", kritisierte Schieder.

Die FPÖ stimmte außerdem dem Abschluss-Bericht des "LuxLeaks"-Sonderausschusses ("TAXE1-Ausschuss") nicht zu. Darin sind Maßnahmen zur Steuervermeidung von multinationalen Konzernen wie Apple und Google enthalten.

Anträgen, die eine Beendigung des Steuerwettbewerbs, die Schaffung eines zentralen öffentlichen Registers aller gesetzlichen Körperschaftssteuerbefreiungen, Schutz von "Whistle Blowern" als auch eine EU-weit gültige Definition von **schädlichen Steuerpraktiken** forderten, **gab die FPÖ ebenfalls keine Zustimmung**.

FPÖ SCHÜTZT STEUERSÜNDER UND STIMMTE GEGEN ...



Bild bitte liken und teilen: auf [Twitter](#), auf [Facebook](#)

Pressemeldungen und Veranstaltungen

[Muttonen zu CETA: Vorläufige Anwendung ohne Zustimmung des Parlaments ist inakzeptabel \(13.04.2016\)](#)

Heftige Debatte zu Freihandelsabkommen CETA im EU-Unterausschuss

Am vergangenen Mittwoch hatten wir eine sehr lebhaft Diskussions im EU-Unterausschuss zum EU-Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA). Gleich zu Anfang habe ich als Ausschussvorsitzende die Sitzung erst einmal unterbrechen müssen. Der Sicherheitsdienst des Parlaments wollte zunächst nicht



alle VertreterInnen der Zivilgesellschaft ins Ausschusslokal einlassen, obgleich die EU-Ausschüsse immer öffentlich tagen. Nachdem dann alle anwesend war, fand eine intensive Debatte über die von der EU geplante vorläufige Anwendung des strittigen Abkommens statt. Die Volkspartei steht dem Abkommen positiv gegenüber. Wirtschaftsminister Mitterlehner hat auch keine Bedenken, das Abkommen schon einmal anzuwenden, bevor die nationalen Parlamente darüber abgestimmt haben. Wir SozialdemokratInnen sehen das Abkommen ungleich kritischer. Aus unserer Sicht hat sich mit Blick auf die Schiedsgerichte noch nicht ausreichend etwas im Vertragswerk geändert. Auch die vorläufige Anwendung haben wir gegenüber dem Wirtschaftsminister kritisiert, weil hier ein unumkehrbarer Prozess begonnen wird, ohne dass die nationalen Parlamente zuvor die Möglichkeit hatten, über das Abkommen abzustimmen.

Im Anschluss habe ich noch gemeinsam mit meinen sozialdemokratischen KollegInnen Josef Cap und Elisabeth Grossmann einen Brief des Bündnis TTIP STOPPEN entgegengenommen, in dem eine Enquete zu CETA eingefordert wird (Foto).

Gespräch mit dem türkischen EU-Minister Volkan Bozkir

Ebenfalls am Mittwoch habe ich eine Aussprache mit dem türkischen Minister Bozkir geleitet. Einen breiten Raum nahm natürlich die Zusammenarbeit in der aktuellen Flüchtlingskrise ein.

Minister Bozkir bekannte sich ausdrücklich zu dem Abkommen mit der EU. Berichte, wie die von Amnesty International, die Türkei würde Flüchtlinge zurück nach Syrien schicken, wies er strikt zurück. Der Minister erklärte, die Türkei habe bisher 200 Mio. US-Dollar für die Versorgung der Flüchtlinge erhalten. Er schlug vor, diese eher direkt an internationale Hilfsorganisationen für Soforthilfe-Projekte zu geben, als über die offiziellen EU-Türkei-Kanäle.

OSZE- Seminar zu Grenzkonflikten: Armenier und Aserbaidchaner an einem Tisch



Am 16. und 17. April war ich in dem kleinen Ort Leinsweiler in der deutsch-französischen Grenzregion, um für die Parlamentarische Versammlung ein Seminar über Grenzkonflikte mitzuleiten. Insgesamt nah-

men Abgeordnete aus 15 OSZE-Ländern teil, aber vor allem richtete sich das Seminar natürlich an die Parlamentarier aus Ländern wie Russland, Armenien, Aserbaidchan und Georgien, die von aktuellen Grenzkonflikten betroffen sind. Auch die Ukrainer waren eingeladen gewesen, haben aber leider kurzfristig abgesagt.

In dem Seminar lernten die TeilnehmerInnen viel über die historischen Grenzkonflikte zwischen Deutschland und Frankreich sowie Österreich und Italien und darüber, wie diese Streitigkeiten letztendlich beigelegt und erfolgreiche Versöhnungen in Gang gesetzt werden konnten. Ich habe in diesem Zusammenhang auch die Geschichte Kärntens angesprochen.

Für besondere Freude sorgte bei allen Anwesenden das erste direkte Gespräch zwischen den aserbaidchanischen und armenischen Delegierten, zwischen deren Landesvertretern wegen des Berg-Karabach-Konflikts normalerweise großes Schweigen herrscht (Foto).

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at